

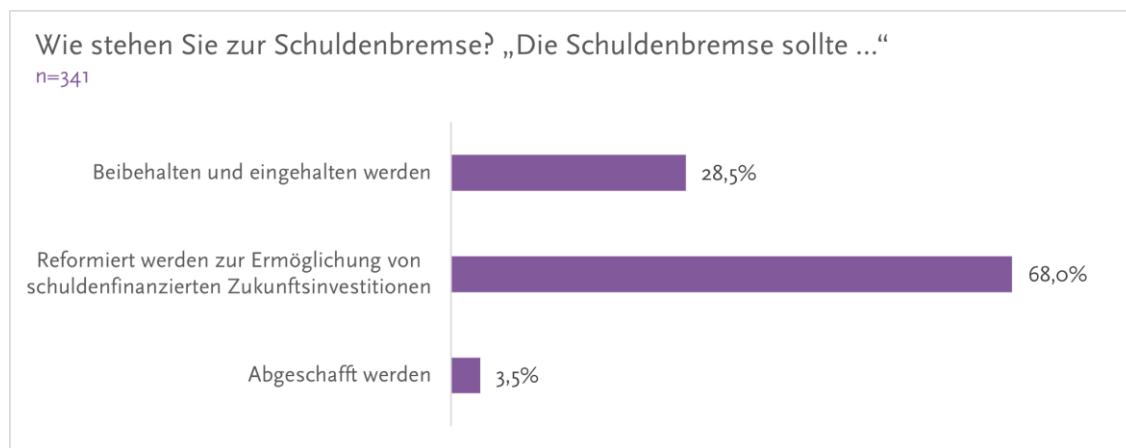
Unternehmerinnen-Umfrage zum Wirtschaftsstandort Deutschland

April 2024

Unternehmerinnen befürworten Reform der Schuldenbremse

Die Unternehmerinnen-Umfrage zum Wirtschaftsstandort Deutschland vom 1. März 2024 zeigt: Rund zwei Drittel der Unternehmerinnen des VdU sprechen sich für eine Reform der Schuldenbremse zugunsten dringend notwendiger Zukunftsinvestitionen aus. Kaputte, veraltete oder nicht vorhandene Infrastruktur beeinträchtigt die Geschäftsabläufe der Unternehmerinnen und führt zu einer abnehmenden Attraktivität des Wirtschafts- und Investitionsstandorts Deutschland.

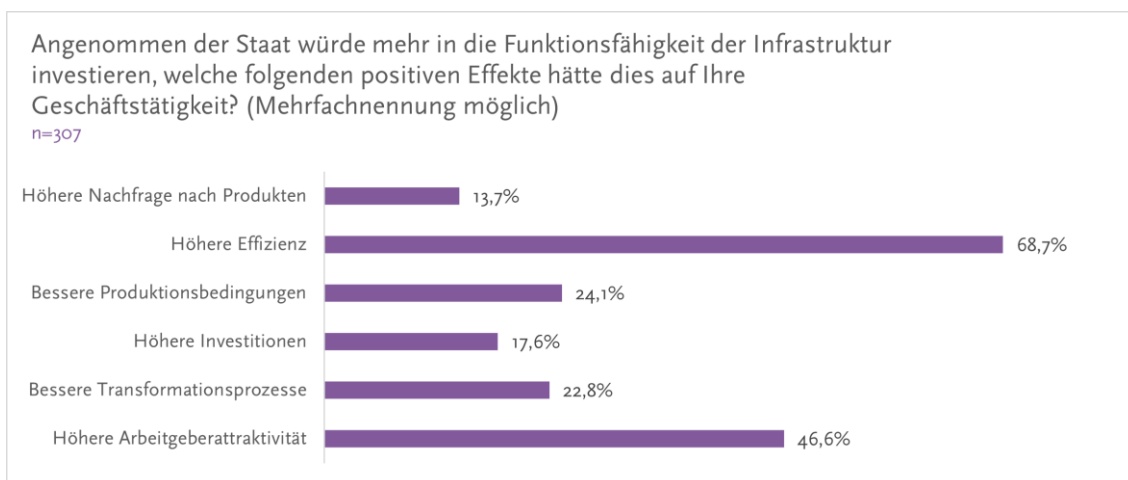
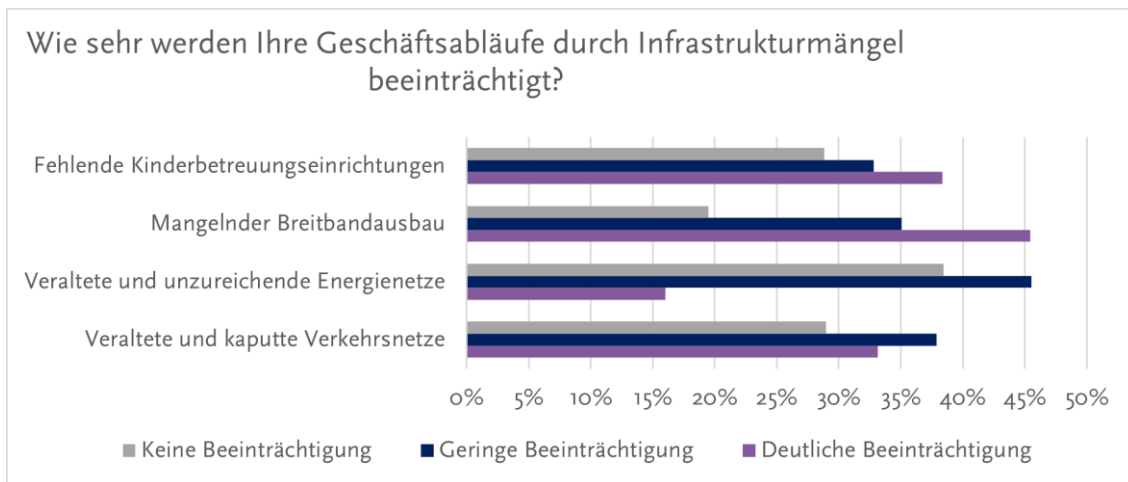
Eine Reform der Schuldenbremse wird von knapp 70 Prozent der Teilnehmerinnen der aktuellen VdU-Umfrage zum Wirtschaftsstandort Deutschland befürwortet. Eine Abschaffung wird kaum (3,5 %) unterstützt, während sich ein knappes Drittel der Befragten für ein Beibehalten ausspricht. Hintergrund der Reformforderungen sind die massiven Investitionslücken und Infrastrukturmängel, die die deutsche Wirtschaft belasten. Es müssen Zukunftsinvestitionen, z.B. in Daten- und Verkehrsnetze, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie weitere Versorgungseinrichtungen ermöglicht werden.



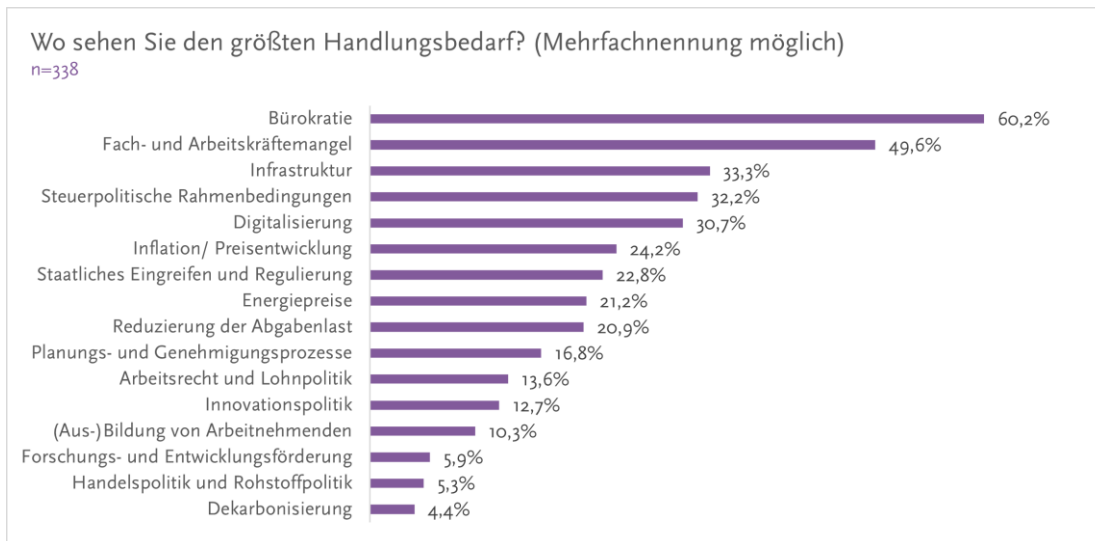
Mangelnde Infrastruktur beeinträchtigt Geschäftstätigkeit

So beeinträchtigen insbesondere der mangelnde Breitbandausbau (45 %) und fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen (38 %) deutlich die Geschäftsabläufe. Veraltete Energienetze werden von den meisten Unternehmerinnen als weniger beeinträchtigend wahrgenommen: Nur 16 Prozent sehen sich dadurch deutlich eingeschränkt. Dahingegen sind kaputte Verkehrsnetze eine größere Hürde für die Geschäftstätigkeit mit insgesamt gut zwei Drittel, die sich geringfügig oder deutlich beeinträchtigt sehen.

Würde der Staat mehr in die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur investieren, gehen knapp 70 Prozent der Unternehmerinnen von einer höheren Effizienz ihrer Geschäftstätigkeit und 47 Prozent von einer höheren Attraktivität als Arbeitgeberinnen aus.

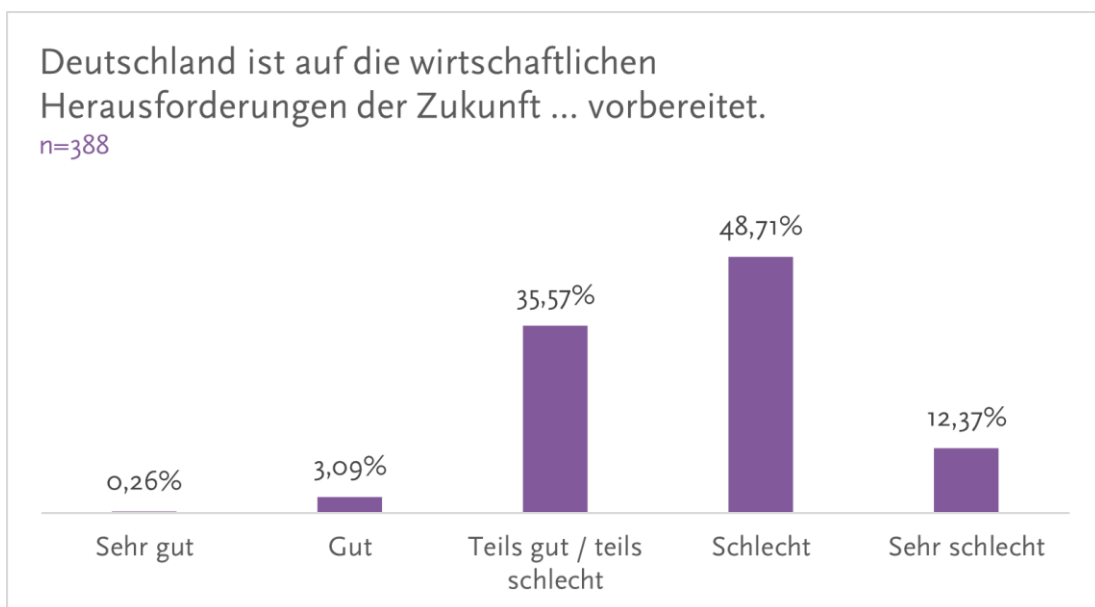


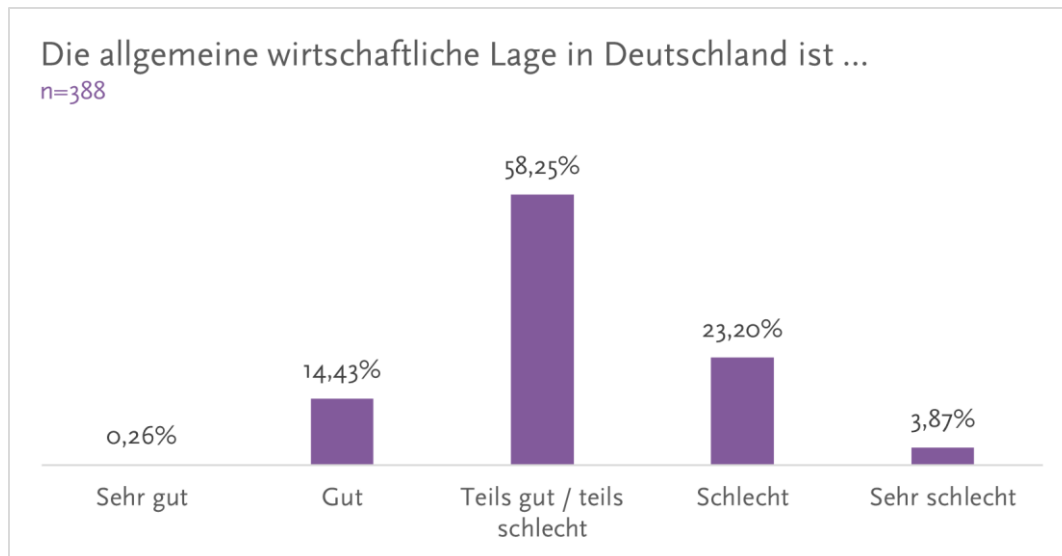
Weiteren dringlichen Handlungsbedarf sehen die Unternehmerinnen vorwiegend im Abbau der Bürokratie (60 %), während für die Hälfte auch der Fach- und Arbeitskräftemangel eine grundlegende Herausforderung darstellt. Ein Drittel der Teilnehmenden sieht akuten Handlungsbedarf in der Infrastruktur, der Digitalisierung sowie den steuerlichen Rahmenbedingungen. Geringe Salienz haben ordnungspolitische Maßnahmen, wie das staatliche Eingreifen und Regulieren (23 %) oder die Arbeitsrechts- und Lohnpolitik (14 %). Auch in der Bildung der Arbeitnehmenden sehen die Unternehmerinnen wenig Bedarf an staatlichem Eingreifen (10 %). Die Dekarbonisierung bildet mit weniger als fünf Prozent das Schlusslicht.



Deutschland als Wirtschaftsstandort zunehmend unattraktiv

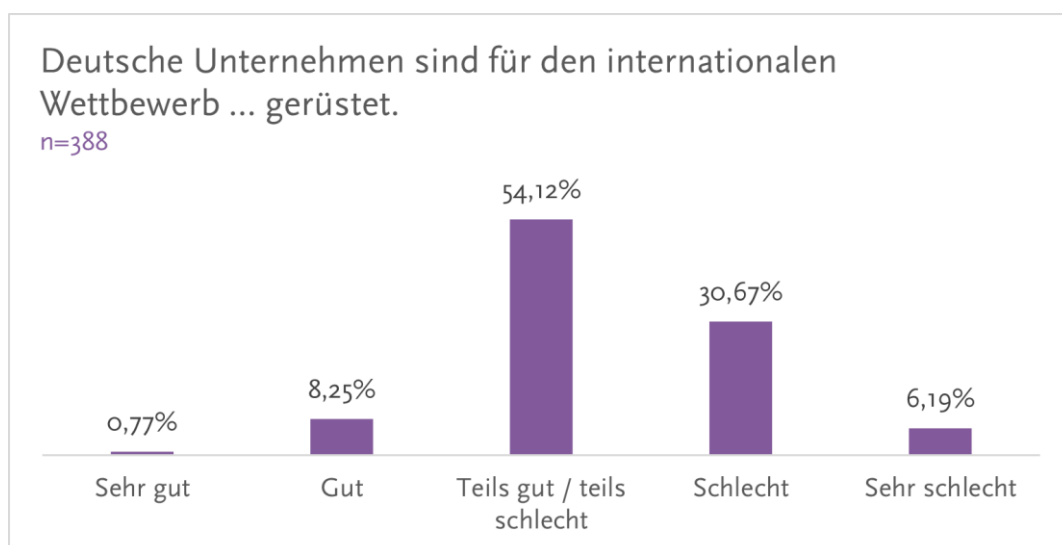
Aufgrund dieser Lücken sieht die Hälfte der befragten Unternehmerinnen Deutschland als schlecht auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Lediglich drei Prozent können hier eine positive Einschätzung abgeben, während insgesamt rund 60 Prozent eine schlechte Bilanz ziehen. Deutschland als Wirtschaftsstandort wird dadurch zunehmend unattraktiver: Rund ein Viertel bewertet die aktuelle wirtschaftliche Lage als schlecht oder sehr schlecht. Die Mehrheit (58 %) schätzt sie gemischt ein. Rund 15 Prozent sind mit der wirtschaftlichen Situation in Deutschland zufrieden.

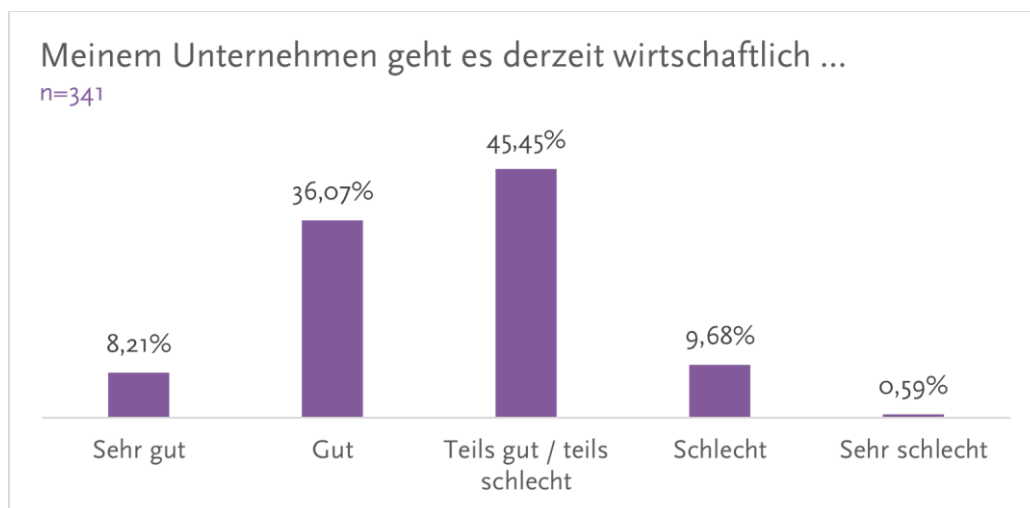
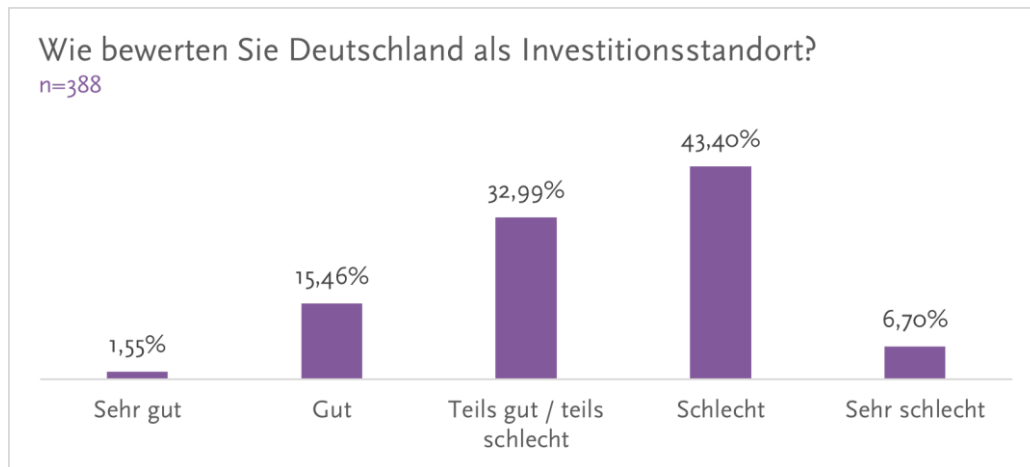




Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb: Eine deutliche Mehrheit der Unternehmerinnen findet, dass deutsche Unternehmen nur mittelmäßig (54 %) oder schlecht (37 %) für den internationalen Wettbewerb gerüstet sind. Auch als Investitionsstandort schneidet Deutschland schlecht ab. 50 Prozent bewerten ihn als schlecht oder sehr schlecht, lediglich 17 Prozent als gut oder sehr gut.

Bemerkenswert ist, dass es den eigenen Betrieben der Unternehmerinnen derzeit wirtschaftlich besser geht als sie die wirtschaftliche Lage in Deutschland insgesamt bewerten: 45 Prozent schätzen die Situation ihres Unternehmens als in Ordnung, 44 Prozent als gut oder sehr gut ein.





Über die VdU-Umfrage

Regelmäßig befragt der VdU Unternehmerinnen zu aktuellen Themen. Über einen Zeitraum von sechs Wochen im Januar und Februar 2024 nahmen 388 Unternehmerinnen an der Umfrage zum Wirtschaftsstandort Deutschland teil.

Die Unternehmerinnen, die sich an der Umfrage beteiligten, sind in folgenden Branchen tätig: Beratung (32 %), sonstige Dienstleistungen (19 %), Handel (10 %), Industrie (10 %), Baugewerbe (6 %), Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheitswirtschaft und IT jeweils rund 4 %, Kultur- und Kreativwirtschaft, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Tourismuswirtschaft mit unter 3 %.

Die Unternehmensgrößen verteilen sich wie folgt: Solo-Selbständige (11 %), 1-5 Beschäftigte (33 %), 6-20 Beschäftigte (22 %), 21-100 Beschäftigte (26 %), 101-250 Beschäftigte (3 %) und mehr als 250 Beschäftigte (5 %).

Pressekontakt

Inken Patermann, Tel.: 030 200 59 19 19; E-Mail: inken.patermann@vdu.de, www.vdu.de

Über den VdU

Der Verband deutscher Unternehmerinnen e. V. (VdU) vertritt seit 1954 als Wirtschaftsverband branchenübergreifend die Interessen von Unternehmerinnen in Politik und Gesellschaft. In besonderem Maße zeichnet uns die Verbindung von unternehmerischer Interessenvertretung und gleichstellungspolitischer Lobby aus.